

Forum

Russischer Überfall auf die Ukraine: Putins brandgefährliches Finale?



THEODOR H. WINKLER

Abstract

Mit dem Überfall russischer Truppen auf die Ukraine im Februar 2022 endete die Nachkriegszeit. Sie hatte uns seit 1945 Frieden und enormen Fortschritt gebracht. Seit dem von Nukleardrohungen begleitetem Einmarsch Putins in die Ukraine leben wir in einer anderen Ära – möglicherweise wieder einer Vorkriegszeit. Die Zukunft ist völlig unberechenbar. Krieg, auch ein grosser Krieg zwischen dem Westen und Putins Russland und/oder China ist möglich. China könnte mit einem Angriff auf Taiwan nun den Zusam-

menbruch der internationalen Ordnung besiegeln. Internationale Konflikte und Spannungen sind in Zukunft sicher. Alle scheinbaren Gewissheiten, auf die wir die internationalen Beziehungen und unser Weltbild seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufbauten, sind in Frage gestellt. Noch fehlen uns die Jalons, die zur Beurteilung der neuen Lage notwendig sind und mit denen wir eine neue Strategie zur Krisenbewältigung entwickeln könnten. Die Lage ist ungewohnt – und brandgefährlich.



ALT-BOTSCHAFTER DR. THEODOR H. WINKLER gilt als «sicherheitspolitischer Vordenker» der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung). Er ist einer der Architekten der Schweizer Sicherheitspolitik der 1990er Jahre und geistiger Vater der drei Genfer Zentren des Bundes: Sicherheitspolitik (GCSP), humanitäre Minenräumung (GICHD) sowie gute Regierungsführung im Sicherheitsbereich (DCAF). Theodor Winkler stand dem DCAF von 2000 bis 2016 als dessen Direktor vor. Zusammen mit Philippe Burrin konzipierte Winkler auch die «Maison de la Paix», einen modernen Glaskomplex im Zentrum des internationalen Genf, der eine der bedeutsamsten sicherheitspolitischen Denkfabriken der Welt beherbergt. E-Mail: thewinklers@bluewin.ch

Entwicklungen der letzten zehn Jahre

In den letzten zehn Jahren haben sich aus der Perspektive der Sicherheitspolitik tektonische Platten in Bewegung gesetzt: China ist im Begriff, die USA zu überholen und zur grössten Volkswirtschaft der Welt zu werden. Hieraus leitet Beijing einen Anspruch auch auf eine politische und militärische Führungsrolle ab. Es ist entschlossen, seine territorialen Grenzen zu verschieben – im Süd- und im Ostchinesischen Meer, im Himalaya, um die Senkaku-Inseln, vor allem aber durch die notfalls gewaltsame Wiedereingliederung von Taiwan. Dieses Vorgehen trägt das Risiko in sich, zu einem militärischen Konflikt mit den USA zu führen. US-Präsident Biden hat bereits erklärt, die USA würden Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs beistehen. China weicht diesem Risiko nicht aus, sondern scheint entschlossen, die USA als militärische Führungsmacht im Westpazifik notfalls gewaltsam zu verdrängen. China erhöht sein Verteidigungsbudget (das zweitgrösste Budget der Welt nach jenem der USA) und baut sein konventionelles und nukleares Arsenal massiv aus. Die moderate Reaktion der westlichen Welt auf die politische Gleichschaltung Hongkongs bestätigte Chinas Präsident Xi Jinping in seiner Meinung, dass die westlichen liberalen Demokratien abgewirtschaftet haben, dekadent und morsch geworden sind und nicht mehr eine globale Führungsrolle spielen können. Er ist überzeugt, dass dem chinesischen Modell, das auf dem Kollektiv statt dem Individuum aufbaut, die Zukunft gehört. Gleichzeitig schafft Xi Jinping – für den Fall der Fälle – einen noch nie gesehenen Überwachungsstaat, der Aldous Huxleys «Brave New World» weit in den Schatten stellt und verübt Genozid gegenüber den Uiguren in seinem Land.

Wladimir Wladimirowitsch Putin teilt Xis Einschätzung der liberalen Demokratie. Die Trump-Präsidentschaft, der Brexit, die Erosion der Wertegemeinschaft zwischen Bürger und Staat sowie zwischen den Mitgliedern der sich in einer Dauerkrise befindlichen EU, das Fehlen einer entschiedenen Reaktion auf Russlands systematische Einmischung in die Wahlkämpfe in den USA und Europa und auf seine ständigen Provokationen (beispielsweise das Sprengen eines Munitionsdepots in Tschechien oder der Giftmord von Salisbury), vor allem aber der Annexion der Krim 2014, schienen ihm Recht zu geben. Der Westen verhängte damals wohl Sanktionen, aber nicht koordiniert und oft nur mit halbem Herzen. Trumps Polterei und «America

First»- Ideologie belastete die transatlantischen Beziehungen schwer. Tumps Putschversuch vom 6. Januar 2021, Macrons Qualifikation der NATO als «brain dead» und den verstörenden Bildern des Rückzugs der NATO und der Amerikaner aus Kabul dürften ihn vollends überzeugt haben, dass der Westen nicht mehr zu entschlossenen gemeinsamen Handeln in der Lage sei.

Machterhalt, nicht Ideologie

Putins Ziel ist die Wiederherstellung des Status und der Glorie der auseinandergebrochenen Sowjetunion. Es geht ihm dabei nicht um Ideologie, sondern um Macht. Er sieht sich als Nachfolger Peter des Grossen und er ist entschlossen, in die Geschichtsbücher einzugehen. Er glaubt, dass Russland nach dem Ende des Kalten Krieges vom Westen über den Tisch gezogen wurde, dass insbesondere Zusagen, dass die NATO auf eine Osterweiterung verzichten würde, gebrochen worden seien. Ganz unabhängig davon, wie rechtsverbindlich sie gewesen seien: für Russland seien sie politisch relevant gewesen. Die Fakten sprachen für sich. Russlands Bevölkerung schrumpfte um die Hälfte als Folge des Auseinanderbrechens der UdSSR 1991 (von 290 Mio auf 147 Mio). Die Wirtschaft des Landes ist wenig beeindruckend und gleicht derjenigen eines Entwicklungslandes (85% der Exporte sind Rohstoffe). Die Konsumgüterindustrie entspricht nicht internationalen Standards. Kein Mensch fährt nach Moskau, um eine Waschmaschine zu kaufen. Im Cyberbereich verliert Russland technologisch ständig an Boden. Von den 500 weltweit grössten Supercomputern befinden sich gerade mal sechs in Russland (verglichen mit 173 in China und 149 in den USA). Aus der Perspektive Putins, der das russische politische System euphemistisch eine «gelenkte Demokratie» nennt, mehren sich seit dem Euromaidan 2013/14 in der Ukraine und den starken Protesten gegen Wahlbetrug durch die Regierungen in Belarus und Kasachstan auch die Omen einer politischen Lage, die seiner Kontrolle entgleitet. Für einen narzisstischen Putin, der die Verehrung durch die Bevölkerung sucht und der sich gerne mit nacktem Oberkörper als männlicher Kraftstrotz in allen möglichen Heldenposen abbilden lässt, ist Unzufriedenheit in der Bevölkerung etwas Beunruhigendes. Er sucht aber nicht nach der Ursache, sondern nach den Schuldigen. Er ist gegen Kritik einerseits immun, andererseits leicht durch sie gekränkt, was ihn rachsüchtig macht. Navalny, der bekannteste Oppositionspolitiker nutzt diese Disposition

von Putin, um ihn regelmässig öffentlich als Diktator vorzuführen. Putin sieht die innenpolitische Lage als explosiver an als sie in der Realität wohl ist. Er fürchtet, dass eine von der EU-Mitgliedschaft profitierende Ukraine mit deutlichem Wirtschaftswachstum sein Regime schlecht aussehen liesse und letztlich unterminieren würde. Er glaubte auch aus innenpolitischen Gründen, handeln zu müssen.

Russland besitzt mit 6.250 Gefechtsköpfen das grösste Nukleararsenal der Welt. Jeder Versuch, Russlands Macht zu mehren, dem Land zu neuer Grösse zu verhelfen, es zu mehr zu machen als «ein Lesotho mit Kernwaffen» (Helmut Schmidt), muss angesichts dieser Eindimensionalität zwangsläufig auf militärischer Macht aufbauen, also disruptiv sein. Der Versuch muss darauf abzielen, die internationale Ordnung zu schwächen, nicht sie zu stärken. Russland wächst, indem es sich die Kadaver anderer Staaten einverleibt. Weltpolitisch ist es eine Hyäne, nicht ein brüllender Löwe. Russland hat aber auch im militärischen Bereich Schwächen, was der Ukraine-Feldzug mehr als deutlich unterstreicht.

Weshalb griff Putin jetzt an?

Putin will einen Staatenbund unter russischer Führung schaffen, dem Russland, Weissrussland, die Ukraine, die von ihm anerkannten Splitter-Volkrepubliken des Donezbeckens und Georgiens, allenfalls weitere Absplitterungen der Ukraine, wie Cheson, und marode Überreste der UdSSR, wie Transnistrien, sowie Teile Zentralasiens angehören sollen. Er sah seine Ambitionen durch die Wiederannäherung Europas und Amerikas nach der Präsidentschaft Trumps, aber auch durch die wachsende Überlegenheit Chinas gefährdet, dessen Brutto-sozialprodukt heute zehnmals grösser ist als das russische und Putin auf Dauer zum Junior-Partner von Xi Jinping Gnaden werden lässt. Putin träumt davon, die Macht der Zaren wiederherzustellen und nicht zu Chinas Pudel zu werden. Wenn Russland als noch eigenständiger Partner handeln wollte, so hatte es keine Zeit zu verlieren. Putin dürfte befürchtet haben, dass China bald in Taiwan zuschlagen dürfte, was Russland zwingen würde, China politisch zu unterstützen, gleichzeitig aber auch den Westen alarmieren dürfte und ihm so den Weg zu neuer imperialer Grösse definitiv verbauen könnte. Die Zeit stand eindeutig nicht auf Putins Seite. Er musste handeln – und er ging aufs Ganze.

Seine Forderungen, die er nun mit militärischen Mitteln durchzusetzen ankündigte, sind fundamental: Ein zweites Jalta (Neuaufteilung Europas), die Ukraine, die Putin als ethnisch weitgehend russisch einschätzt und der er eine staatliche Souveränität abspricht, zu einem russischen Satellitenstaat zu machen sowie ein Rückzug der NATO-Truppen aus Osteuropa. Diese Forderungen stellen die gesamte politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf den Kopf, brechen alle Verträge, denen Russland zugestimmt hatte, beginnend mit der Helsinki-Schlussakte von 1975, und stellen eine atemberaubende Rückkehr zu imperialem Gebaren und Nationalismus dar.

Das unmittelbare Ziel der Schaffung eines Gross-Russlands wird ergänzt durch ein offensives operatives Vorgehen im «Globalen Süden», wo Russland sich bereits solide im Nahen Osten (insbesondere in Syrien) etabliert hat, in Libyen eine starke Rolle spielt, und Frankreich aus seiner Schlüsselstellung in Mali vertrieben hat. Auch Venezuelas Regime hängt von Moskau ab.

Dieses globale Umpflügen der geopolitischen Landkarte ist von Putin konzeptionell eingebettet in eine enge Partnerschaft mit China – das unter Xi Jinping ebenfalls in eine «neue Ära» eingetreten ist und nicht zögert, dem Westen seinerseits offen feindselig entgegenzutreten. China würde in dieser Partnerschaft die wirtschaftliche Führungsposition einnehmen, Russland die militärische. Der Westen wäre in diesem Szenario militärisch handlungsunwillig, wenn nicht unfähig, müsste allenfalls schwere militärische Niederlagen hinnehmen (China rechnet mit einer offenen Konfrontation mit der US-Navy). Die freie Welt wäre politisch zutiefst gespalten durch eine aus Putins Sicht wahrscheinliche zweite Trump-Administration politisch zerstritten und weltpolitisch auf dem absteigenden Ast. Seit Adolf Hitler und seiner Achse mit Italien und den japanischen Militaristen sowie dem «Hitler-Stalin-Pakt» hat niemand mehr einen solchen radikalen antidemokratischen Plan zur Erringung der Weltherrschaft formuliert. Wie heute Putin die Allianz mit China sucht, suchte auch Hitler pragmatisch das Bündnis mit allen, die den Westen niederkämpfen könnten. Russland, dessen Politik noch unter Trotzki und Lenin stark ideologisch geprägt war, degenerierte unter Stalin zu einem Protagonisten reiner Machtpolitik. Entsprechend ging es bei Ukrainekrise von Anfang

an um mehr als die Ukraine; es geht um nichts weniger als darum, in welcher Welt wir leben werden.

Als Putin im Herbst 2021 seine Absichten aufzudecken begann, war der Westen sprachlos, pilgerte nach Moskau, um einen gemeinsamen Nenner zu finden. Der absurd lange Tisch, an den Putin Macron und andere westliche Führungspersönlichkeiten setzte, und die zunehmende Verhärtung der russischen Haltung belehrte die Moskau-Besucher schnell eines Besseren. Es gab keinen gemeinsamen Nenner, es hatte nie einen solchen gegeben. Putin hatte sie offen angelogen und er behielt die Eskalationsdominanz. Dass er sie bis zum Einmarsch in die Ukraine durchziehen würde, glaubte allerdings niemand. Als er es dennoch tat und zudem die nukleare Keule ins Spiel brachte, brach er bewusst mit einer Ära der Zusammenarbeit, der Verhandlungen, der Diplomatie, der Suche nach Stabilität und Frieden. Seine westlichen Gesprächspartner erkannten, dass sie systematisch hintergangen worden waren, dass kein gemeinsames Tun mehr möglich war. Nicht nur die Ukraine würde angegriffen werden. Auch die baltischen Staaten (allen voran Litauen, das Kaliningrad vom Resten Russlands trennt), Polen und Georgien fühlten sich akut bedroht. Die Träume von einer Détente und einer allmählichen Demokratisierung Russlands und Chinas platzten im Februar 2022. Die Herausforderung war wohl kalkuliert, umfassend und brandgefährlich. Die Reaktion des Westens war scharf. Sie war nicht nur rational, sondern auch emotional. Man sah sich nicht nur bedroht, sondern auch hintergangen. Man realisierte, dass man viel Zeit, möglicherweise zu viel Zeit, vertan hatte, dass einem ein russischer Bär aufgebunden worden war. Typisch für die neue Stimmungslage waren die Bilder des emotionalen parteiübergreifenden Schulterschlusses im Deutschen Bundestag, das weitverbreitete Erkennen, dass eine Zeitenwende im Gang war.

Die Folgen: eine erste Einschätzung

Der Westen hat nach diesem Schock entschieden und koordiniert reagiert. Die Kriegsbilder aus der Ukraine und ihres mutigen Präsidenten brannten sich in unser kollektives politisches Bewusstsein ein. Putin hat einen hoffnungslos gespaltenen Westen in einem Ausmass wieder zu einer Wertegemeinschaft zusammengeschweisst, von der noch vor Kurzem niemand auch nur zu träumen wagte. Polen, in den letzten Jahren

«Dass er sie bis zum Einmarsch in die Ukraine durchziehen würde, glaubte allerdings niemand. Als er es dennoch tat und zudem die nukleare Keule ins Spiel brachte, brach er bewusst mit einer Ära der Zusammenarbeit, der Verhandlungen, der Diplomatie, der Suche nach Stabilität und Frieden.»

nicht bereit, auch nur einen einzigen Wirtschaftsflüchtling aufzunehmen, und das noch im Sommer 2021 mit militärischen Mittel die Nahostflüchtlinge, die Lukatschenko eingeflogen hatte, am Grenzübergang zu hinderte, nimmt heute hunderttausende, wenn nicht Millionen von Ukraine-Flüchtlingen grosszügig auf. Orban hat sich von Putin losgesagt. Deutschland hat eine einmalige Aufstockung seines Verteidigungshaushaltes um 100 Milliarden beschlossen und sich zum Ziel bekannt, den Verteidigungshaushalt ab 2024 auf 2% des BIP anzuheben. Biden erhielt in seiner «State of the Union»-Botschaft auch von den Republikanern eine Standing Ovation für sein Bekenntnis zur Ukraine. Ein milliardenschweres Hilfsprogramm für die Ukraine wird von beiden Parteien getragen, Präsident Selenski für eine Rede vor beiden Häusern des Kongresses zugeschaltet. Schweden liefert Waffen an Kiew. Finnland überprüft seine Neutralität. Die Schweiz hat nach anfänglichem Zögern, die Sanktionen der EU integral übernommen und dadurch seine Neutralitätspolitik modifiziert. Die UNO-Vollversammlung hat mit 141 : 4 Stimmen Russlands Vorgehen verurteilt.

Putin steht diesem weltweiten Scherbenhaufen völlig überrascht und hilflos gegenüber. Damit hatte er nicht gerechnet. Die Auswirkungen der Sanktionen sind unabsehbar. Das Land steht vor dem Staatsbankrott. Der Rubel befindet sich in freiem Fall. Die Russen können nicht mehr ins Ausland reisen. Es gibt keine Flüge mehr, der Luftraum weiter Teile der Erde ist für sie gesperrt, der Erwerb von Devisen unmöglich. Westliche Firmen schliessen zu Dutzenden ihre Niederlas-

sungen. Besonders hart werden die unteren Einkommensklassen und der Mittelstand getroffen. Aber auch mehr als 1.000 Oligarchen und Spitzenbeamten, die Putin besonders nahe sind, erhielten ihre Bankkonten im Westen eingefroren. Super-Luxus-Yachten wurden beschlagnahmt; ebenso ein guter Teil der russischen Devisenreserven. Erdöl- und Erdgas-Exporte in die USA und weitere westliche Staaten werden gestoppt, während «North Stream 2», die umstrittene Gaspipeline von Russland via Ostsee nach Deutschland, keine Betriebsbewilligung erhält. Weitere Sanktionen werden folgen, sollte Kiew fallen und dort eine Satelliten-Regierung eingesetzt werden. Die Sanktionen mögen eventuell die Ukraine nicht retten – aber vielleicht Taiwan. China beobachtet, die Reaktion des Westens genau. Es dürfte auch mit einer weit mildereren Reaktion gerechnet haben.

Der erbitterte ukrainische Widerstand gegen den Angreifer und die Wandlung des ehemaligen Komikers Selenski an der Staatsspitze zu einem genuine Helden, der Menschen und Nation zu inspirieren und die Welt zu beschämen versteht, war jenseits dessen, was er kannte. Auf die miserable Leistung seiner Invasionskräfte war er ebenso wenig vorbereitet. Die Berichte der russischen Armee über ihre eigene Kampfkraft waren übertrieben. Wofür Putin Tage einrechnete, waren Wochen nicht ausreichend. Panzer, Lastwagenkolonnen und anderes Kriegsmaterial blieb im Schlamm, der die Jahreszeit auszeichnet, stecken, wurden stehen gelassen und verlassen, weil ihnen das Benzin ausging. Nicht einmal die Verpflegung war gesichert. Viele hungrigen in den kilometerlangen Fahrzeugkolonnen, die von den modernen Panzerabwehrwaffen und Drohnen, die die NATO zu Tausenden lieferte, systematisch zusammengeschossen wurden. Die Moral sank markant. Viele hatten nicht einmal gewusst, dass sie Teil eines Angriffs auf die Ukraine waren. Die Verluste stiegen bald ebenso markant. Mit 150.000 Mann mag Putin die Ukraine erobern können; um sie zu besetzen und halten zu können, sind es zu wenige. Russland scheint in den ersten zwei Wochen der Invasion mehr Soldaten und mehr schweres Kriegsmaterial verloren zu haben als in den 15 Jahren in Afghanistan (oder die Amerikaner in 20 Jahren im Irak). Wenn er nicht schnell einen Ausweg aus der von ihm selbst provozierten Krise findet, riskiert Putin alles. Er sieht aber offenbar nur noch die Flucht nach vorne – vielleicht auch nur deshalb, weil es für ihn keinen Weg zurück mehr zu geben scheint.

Sein Schicksal ist heute untrennbar mit dem Ausgang des Ukraine-Kriegs verknüpft. Ein Funke kann weitere Pulverfässer jederzeit zur Explosion bringen.

Die Palette der Möglichkeiten reicht nach meiner Einschätzung von einem Sturz Putins durch die Oligarchen, die Armee oder den Apparat über die Ausdehnung des russischen Drucks auf andere Staaten (das Baltikum und Osteuropa) bis hin zum Einsatz (vermutlich taktischer) Atomwaffen – etwa gegen die Logistikzentren in der westlichen Ukraine und Ostpolen, über die die Ukraine mit Waffen, Kämpfern und Hilfsgütern aller Art versorgt wird. Die militärische Schwäche, die Putins Truppe in der Ukraine zeigt, wirkt hingegen etwas beruhigend auf Litauen und die seine baltischen Nachbarn. Auch Finnland beginnt vorsichtig aufzuatmen. Ein Kernwaffeneinsatz hat angesichts der besonnen, aber entschiedenen amerikanischen Reaktion an Glaubwürdigkeit verloren. In den Vordergrund schiebt sich die Sorge, dass Putin in der Ukraine – wie zuvor Assad in Syrien – chemische Waffen einsetzen könnte. Kehrt wieder Vernunft ein, ist der wahrscheinlichste Ausgang ein Waffenstillstand in naher Zukunft, gefolgt von Verhandlungen, nicht der mörderische Häuserkampf in Kiew und anderen ukrainischen Grosstädten. Die russischen Streitkräfte wollen nicht noch mehr Verluste, ja beginnen nicht einmal mehr eine Niederlage auszuschliessen. Selenski weiss, dass er gewonnen hat, wenn die Russen die Operationen unterbrechen. Ob Putin dem zustimmen kann, steht auf einem anderen Blatt.

Was bedeutet das alles für uns?

Erstens: Die Demokratien und die Kooperation stärken. Der Westen ist überraschend und völlig unvorbereitet, quasi über Nacht, in die gefährlichste Konfliktsituation seit der Kuba-Krise von 1962 geworfen worden. Es ist entscheidend, wie er mit der Herausforderung umgehen kann. Die transatlantische Geschlossenheit ist zwingend (man erschauert, wenn man an eine eventuelle zweite Trump-Administration denkt). Die Erneuerung der Wertegemeinschaft im westlichen Lager bleibt abzustützen durch Gipfel, enge Konsultationen, flankierende Massnahmen und durch ausgewogene Kompromisse. Eine Bekräftigung der Ziele der Union anlässlich des Versailler EU-Gipfels sollte dem dienen. Die Europäische Union muss zwingend eine klare und allseitig getragene geopolitische Vision und

eine darauf aufbauende Strategie haben. Neu ist, dass der Anstoss hierzu nicht länger nur von der Achse Paris-Berlin kommt, sondern nun auch von den kleineren Partnern – allen voran Polen und dem Baltikum. Notwendig ist auch eine politische Verschränkung der euroatlantischen Partnerschaft mit den asiatischen Demokratien (z.B. in Form einer «Union of Democracies»). Dem Bündnis von China und Russland darf es nicht gelingen, Europa und Asien gegeneinander auszuspielen. Der Westen will keinen Krieg. Sein Haupttrumpf ist seine Fähigkeit, mit Sanktionen seine Gegenspieler zum Nachgeben zu bewegen. Die westliche operative Antwort ist somit asymmetrisch zur militärischen Herausforderung. Sie muss aber getragen werden durch eine deutliche Stärkung der Verteidigungsanstrengungen. Das bedarf des Willens, den Gürtel enger zu schnallen und einer Durchhaltefähigkeit. Schliesslich müssen sich die Demokratien im Klaren sein, dass Sanktionen, die Russland Eindruck machen, auch den Westen etwas kosten. Es wird nicht einfach sein, den Konvoi zusammenzuhalten. Die Einmütigkeit, die der erste Schock schuf, muss bewahrt bleiben.

Zweitens: Trotzdem gemeinsam handeln. Es ist unendlich schwieriger geworden, die grossen Probleme unserer Zeit zu lösen: Klimawandel, Bio-Sicherheit und Pandemien, Cyber und der Übergang zu künstlicher Intelligenz und Quantencomputern, die demografische Explosion in Afrika und die daraus resultierenden Migrationszwänge, die Verknappung von Energie, vor allem der elektrischen Energie (viele nationale Energiestrategien sind de facto schon gescheitert) sowie eine anhaltende (und durch die Sanktionen gegen Russland noch erhöhte) Volatilität der Finanzmärkte. Hier Lösungen zu finden, erfordert gemeinsames Handeln – und der Wille dazu wird rar sein. Putins Verbrechen droht, unsere Fähigkeit die Probleme zu lösen, die für das Überleben unseres Planeten wichtig sind, mutwillig zu zerstören.

Drittens: Das Ukraine-Beispiel darf nicht Schule machen. China nimmt in der gegenwärtigen Krise eine Schlüsselstellung ein. Es stützt Russland (Putin hatte Xi Jinping über seine Angriffspläne vororientiert), «im wichtigsten Bündnis» der Gegenwart – aber nur oberflächlich (und sicherlich zu einem Preis). Die Allianz ist letztlich brüchig. Sibirien ist für eine wahre Interessensgemeinschaft zu gross. China ist still dabei, Sibirien zu besiedeln, was erhebliche russische Unruhe

auslöst. Chinas Bevölkerung zu zahlreich, um mehr als ein taktisches Bündnis zu gestatten. China hat keinerlei Interesse an einem Nuklearkrieg. Es hat seine konventionellen Streitkräfte – insbesondere die Marine – stark ausgebaut. Beijing ordert jedes Jahr Kriegsschiffe, die an Tonnage und Bewaffnung der ganzen britischen Royal Navy entsprechen. Es könnte ab diesem Herbst eine Korrelation der Kräfte mit der US-Navy in Westpazifik erreichen, die einen Angriff ermöglichen würde, Beijing dürfte damit aber noch zuwarten bis seine Trägerkomponente sechs Flugzeugträger umfasst. Dies würde es China erlauben, durch die Stationierung eines solchen Verbandes östlich von Taiwan, die Insel zu isolieren. Das wird wohl ab Ende 2024 der Fall sein. Hätte Putin mit seinem Vabanquespiel in der Ukraine Erfolg, so erschiene ein früher Angriffsbefehl wahrscheinlich. Sollte Putin scheitern, dürfte das auch Taiwan wertvolle Zeit verschaffen. Die Reaktion des Westens auf Putins Invasion ist daher gleichzeitig eine strategische Kommunikation mit China. Biden lässt China wissen, dass der er trotz (ja gerade wegen) der Krise in Europa Taiwan im Falle einer Invasion als Alliiertes zur Seite stehen würde. Der Westen will nicht den Krieg mit China; aber die Ukraine darf nicht Schule machen, wenn wir einen Weltenbrand vermeiden wollen.

Viertens: Das neue Kriegsbild wird jetzt geprägt. Der Krieg in der Ukraine hat direkte Auswirkungen auf andere Krisenherde der Welt. So fehlt einem guten Teil Nordafrikas und des Nahen und des Mittleren Ostens das ukrainische Getreide, dessen Export eingestellt wurde. Wird das Brot jedoch zur Mangelware, ist mit Unruhen im Libanon, in Tunesien und in Marokko zu rechnen. In Serbien und Bosnien könnte Putin das antiwestliche Klima zum Wiederanstacheln von Feindseligkeiten nutzen. Der Ausgang des Krieges wird

«Der Westen ist überraschend und völlig unvorbereitet, quasi über Nacht, in die gefährlichste Konfliktsituation seit der Kuba-Krise 1962 geworfen worden. Es ist entscheidend, wie er mit der Herausforderung umgehen kann.»

auch die künftige Struktur der Streitkräfte beeinflussen. Russland wird seine irregulären Kräfte, allen voran die Wagner-Gruppe und die Cyberkampfmittel in privater Hand, weiter stärken und öfter einsetzen. Der Stellenwert weitreichender Boden-Luft-Raketen wird zunehmen. Die Bedeutung von ausgewogenen Kampfgruppen, die in der Lage sind, den Kampf der verbundenen Waffen zu führen und über ihre eigene Logistik verfügen, wurde unterstrichen.

Umgekehrt hat Elon Musk kurz nach der Invasion seine Firma Space-X angewiesen, das beschädigte Internet der Ukraine durch Starlink-Stationen aus dem All wieder zu reparieren. Ein Novum, das eine vertiefte Analyse verdient. Das Ringen am Boden wird auch zeigen, ob weiter stark gepanzerte Verbände das Schlachtfeld beherrschen oder ob diese durch Infanterie mit modernsten panzerbrechenden Waffen und schultergestützten Flabraketen effektiv nicht nur gestoppt, sondern auch in Gegenangriffen geschlagen werden können. Der Kampf in stark überbauten, urbanen Gebieten bringt neue Erkenntnisse (Für die Schweiz besonders wichtig: auch für die Frage, wie die Genfer Rotkreuz-Konventionen modifiziert oder ergänzt werden sollten, um die Zivilbevölkerung besser zu schützen). Der Konflikt ist für unsere Einschätzung des Kriegsbildes wichtig.

Fünftens: Die Verteidigungsfähigkeiten – auch der Schweiz – stärken. Wir müssen uns «wärmer anziehen». Der Westen muss wieder eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit aufbauen. Das trifft besonders für Europa zu, gerade auch für die Schweiz. Der Rückzug der F-35-Initiative und das Streichen der GSoA-Passage im Parteiprogramm der SP sind überfällig. Die Streitkräfte müssen polyvalenter werden. Eine Generalmobilmachung wie im Zweiten Weltkrieg ist unwahrscheinlich. Die Armee muss aber jederzeit eine oder mehrere massgeschneiderte Task Forces militärischer oder zivil-militärischer Natur mobilisieren können, die dem Staat als Schwerpunktmittel zur Bekämpfung von spezifischen Krisen dienen können (Verteidigung, Katastrophenhilfe, Empfang von Flüchtlingen und Grenzsicherung, Bio-Sicherheit/Pandemien, andere subsidiäre Einsätze). Europa kann es sich nicht länger leisten, erpressbar zu sein, bzw. letztlich von den USA abhängig zu sein. Die anstehenden Wahlen in den USA belegen, an welchem seidenem Faden die Kohäsion der westlichen Welt hängt. Wir müssen unsere

Souveränität besser schützen können. Die Schweiz wird ihr Verteidigungsbudget aufstocken müssen.

Sechstens: Sicherheitspolitische Prioritäten verändern. Wir müssen unsere Diplomatie neu überdenken. Die Ukraine-Krise hat alle von uns geliebten Projekte schwer angeschlagen: Der OSZE-Prozess, die Helsinki-Akte, Russland hat alle Auflagen punkto Rüstungskontrollen missachtet, ebenso das Minsker Abkommen. Das will nicht heissen, dass wir diese Instrumente aufgeben sollten, aber wir werden sie ohne Russland verfolgen müssen. Henry Kissinger hat die Diplomatie als das Werkzeug bezeichnet, die Prioritäten eines Landes zu definieren. Putins Blutbad in der Ukraine zwingt uns, unsere Prioritäten zu verändern. Die Fähigkeit, nicht erpressbar zu werden, gewinnt an Bedeutung.

«Die Fähigkeit, nicht erpressbar zu werden, gewinnt an Bedeutung.»

Siebtens: Die klassische Neutralitätspolitik der Schweiz hat ausgedient. Die Staatengemeinschaft ist nicht bereit, Konzepte wie den «Courant normal» weiter zu tolerieren. Es wird von uns erwartet, echte und sehr konkrete Beiträge zur Lösung der uns bedrängenden Probleme zu leisten. So hat die autonome Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland international ein sehr positives Echo ausgelöst und den Druck auf Putin deutlich erhöht. Neutralität muss als Verzicht darauf verstanden werden, einer Konfliktpartei militärisch beizustehen. Sie kann aber nicht bedeuten, dass wir die Werte verraten, für die unser Land steht. Wir werden während unserer UNO-Sicherheitsratsmitgliedschaft nicht daran gemessen, ob wir brav sind, sondern was wir konkret für den Frieden tun.

Dazu gehört nicht nur unsere Disponibilität für Gute Dienste, sondern zwingend auch unsere Bereitschaft, aktiv nach Optionen zu suchen, die zur Entspannung beitragen und gleichzeitig unseren Interessen und Möglichkeiten entsprechen. Wir haben ein Interesse,

im Viereck USA-China-Russland-EU formelle und informelle Gesprächskanäle zu eröffnen, die mögliche Kooperationsbereiche identifizieren und diese gezielt entwickeln. Die Palette von Möglichkeiten ist breit. Sie reicht von Track 1-Gesprächen (informelle Treffen der Entscheidsträger) bis Track 2-Gesprächen (Regierungsspezialisten) bis zu verschiedenen anderen Formen gegenseitigen Abtastens. Denkbar sind etwa thematische Mittagessen auf Botschafterebene in Genf und New York über Bereiche, wo zur Lösung eine internationale, multidisziplinäre Kooperation nötig ist. Die Schweiz sollte aktiv abklären, wo multilaterale Zusammenarbeit noch möglich ist, bzw. welche Entwicklungen eine multilaterale Kooperation erzwingen. Aus diesen informellen Kontakten sollte idealerweise ein Gewebe von Kooperationsbaustellen entstehen, die ein vollständiges Abstürzen der gegenseitigen Beziehungen unter den grossen Vier verhindern. Zu unserem Angebot sollte gerade auch die Simulation der Zusammenarbeitsmöglichkeiten im Falle gravierender Naturereignisse (Ausbruch eines Supervulkans; Sonneneruptionen, die die Erde mit elektromagnetischen Stahlen treffen; grosser Asteroid, der auf Kollisionskurs mit der Erde ist; wie einem Pandemie-Risiko begegnen, das von einem besonders gefährlichen Erreger ausgeht – wie z.B. von einem luftübertragbaren Ebola-Erreger). Diese Simulationen eignen sich nicht nur, um den Dialog am Leben zu erhalten, sondern retten konkret tausende von Leben, wenn eine solche Katastrophe eines Tages eintreten würde. Wesentlich ist, gerade in diesen Bereichen den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Wir müssen uns von den traditionellen Guten Diensten als Paradebeispiel lösen. Die Interessenvertretung gehört ins Kapitel des Nationalstaates. Dieses wird jedoch von der Globalisierung überholt. Wir sind daher

«Neutralität muss als Verzicht darauf verstanden werden, einer Konfliktpartei militärisch beizustehen. Sie kann aber nicht bedeuten, dass wir die Werte verraten, für die unser Land steht.»

gehalten, über neue Formen der Guten Dienste nachzudenken, die unsere Welt in raschem Wandel benötigt. Das internationale Genf mit seiner weltweit führenden Konzentration an Wissen – von der WHO über die Weltmeteorologische Organisation bis zum CERN – ist in dieser Hinsicht ein unschätzbare Trumpf. Das gleiche trifft für die Maison de la Paix in Genf, die ETH in Zürich und die EPF Lausanne zu. Die Schweiz muss ihr Wissen nur mobilisieren – und sich aus den engen, restriktiven Bahnen des Neutralitätsdenkens des 19. Jahrhunderts lösen.

Achtens: Mit Putin wird kein Weiterkommen sein.

Seit dem Einmarsch wirkt er täglich aufgedunsener, erschöpfter. Er suggeriert mit seinen theatralischen Inszenierungen (Nationaler Sicherheitsrat, Flugpersonal), dass er alles vollumfänglich unter Kontrolle hat. Das ist stark zu bezweifeln. Er dürfte weitgehend beratungsresistent sein. Der Kreis der Vertrauten um ihn herum hat stark abgenommen. Es sind vorwiegend alte Kumpane aus seinen KGB-Zeiten (was insbesondere den Streitkräften sauer aufstösst). Wie bei den meisten Diktaturen schrumpft die Qualität des Beraterstabes schnell. Kritische Expertise wird durch nutzlose Ja-Sagerei ersetzt. Putin steckt seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie weitgehend in seinen Bunkern, trifft niemanden. Da nichts von seinen Auftritten dem Zufall überlassen bleibt, geben die Bilder, die er evoziert, besonders zu denken: Etwa der Schreibtisch mit einer ganzen Batterie veralteter analoger Telefone im Hintergrund. Er scheint nicht zu bemerken, dass das Bild Abgeschottetheit und Rückständigkeit vermittelt. Auch viele seiner Handlungen vermitteln nicht den Eindruck eines Mannes, der die Lage im Griff hat. Besonders die Drohung mit der Atombombe und die Absetzung von acht Generälen wegen Unfähigkeit und zweier hoher Beamter des Geheimdienstes zwei Wochen nach Kriegsbeginn sandten ganz andere Signale an die Welt als Putin beabsichtigt hatte. Er sieht aus wie ein Mann, der alles auf eine Karte gesetzt hat und sich verzweifelt gegen die Erkenntnis sträubt, dass er verloren haben könnte. Er gibt die Schuld anderen, er ist zur Selbstkritik nicht fähig. Man muss aber noch weiterdenken. Es ist fraglich, ob er zur kühlen Analyse fähig ist, was im Ukraine-Feldzug schief lief. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass er dieselben Fehler erneut macht – mit den baltischen Staaten oder Polen als Ziel. Er dürfte die Ukraine-Krise politisch auf Dauer nicht überleben.

Er mag Kiew einnehmen und die dortige Regierung stürzen, aber er kann nicht die Ukraine unterwerfen. Das IKRK rechnet mit mehr als 10 Millionen Flüchtlingen. Diese Diaspora enthält ein gewaltiges Konfliktpotential, sollte die russische Eroberung von einem Guerillakrieg gefolgt werden. Je brutaler der Feldzug und je länger die Ukraine Widerstand leistet, desto kostspieliger wird Putins Abenteuer; im wachsenden Berg von Toten, im Schwinden seiner Ressourcen, in sich stetig noch weiter verschärfenden Sanktionen und einer internationalen Isolierung, bzw. in einer zunehmenden Abhängigkeit von China. Die Streitkräfte, für die Putin ein Tschekist (Geheimdienstler) ist, werden sich nicht aufreiben lassen. Sie dürften auch einschreiten, sollte er die nukleare Schwelle überschreiten wollen (wie dies die amerikanischen Militärs in der Endphase von Trumps Präsidentschaft taten). Die Sanktionen werden zunehmend schmerzen. Das Risiko eines offenen Krieges mit der NATO bleibt hoch. Oligarchen und Bevölkerung werden dies nur beschränkt hinnehmen. Putin hat sich in eine Sackgasse manövriert, aus der er kaum mehr herausfinden dürfte. Das russische Ukraine-Abenteuer ist sehr wahrscheinlich nicht nur ein weltpolitischer, sondern auch ein russischer Wendepunkt.

Mögliche Verhandlungspositionen

Die unmittelbare Zukunft hängt stark davon ab, ob es Putin gelingt, die Bilanz seiner kurzfristigen Aktion zu optimieren. Dies spräche für einen Verhandlungsfrieden, unter dem die Ukraine die Krim und die beiden Volksrepubliken des Donezk an Russland abtreten und die immerwährende Neutralität in ihre Verfassung schreiben würde. Die Ukraine dürfte im Gegenzug das Recht auf die Mitgliedschaft in der EU fordern und keinerlei Rüstungskontrollauflagen (ausserhalb des Bereiches der Massenvernichtungswaffen) akzeptieren. Das mag mehr sein, als Putin zugestehen bereit ist. Viel hinge davon ab, ob sich die Parteien auf einen Waffenstillstand einigen können, oder ob unter dem Leid eines erbitterten Häuserkampfes verhandelt wird. Je grösser die Zahl der Opfer, umso schwieriger wird es sein, einen Kompromiss zu finden. Und: Putin braucht nicht einen Kompromiss, sondern muss zu Hause einen Sieg verkünden können. Ebenso offen ist, was der Westen als Bedingung für die Aufhebung seiner Sanktionen verlangen wird – und ob er verhindern kann, dass in

dieser Frage der Konsens der ersten Stunde verloren geht.

In seiner Anfangsphase hat der Krieg den Westen geent. Trumps Aktien etwa begannen, in den Keller zu fallen. Ob diese Einmütigkeit ein Abkommen zur Beendigung der Feindseligkeiten überlebt, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. Die Antwort hat entscheidenden Einfluss auf die Frage, wie Putins Flucht nach vorn von der russischen Seite bewertet wird.

Offen bleibt auch der Einfluss auf das chinesisch-russische Verhältnis: Sieht Xi Putins Gewaltexplosion als einmaligen Versuch zu einem Befreiungsschlag aus dem drohenden langsamen Bedeutungsverlust Russlands? Oder sieht China Moskau jetzt als «loose cannon on board», die jederzeit erneut loszubrechen fähig ist? Geht die Reduktion Putins, wenn er denn überlebt, zu Xis Pudel schneller voran?

«Wir sind nicht länger nur von Freunden umgeben. Einige der Akteure in unserem Umfeld wollen uns übel. Wir müssen die Mittel, gerade auch die militärischen Mittel beschaffen, um es jederzeit mit ihnen aufnehmen zu können.»

Schlussbemerkungen

Die Zukunft bleibt weit offen. Klar ist jedoch, dass dem Westen nur Einheit, Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft helfen werden. Wir sind nicht länger nur von Freunden umgeben. Einige der Akteure in unserem Umfeld wollen uns übel. Wir müssen die Mittel, gerade auch die militärischen Mittel beschaffen, um es jederzeit mit ihnen aufnehmen zu können. ◆